

MARGARINE
Da
 reich
 er nur
 is

Neuenbürg.
Morgen Samstag

Niechelsuppe
 Gegenheimer
 „Germania“
 Biefelsberg,
 eine neumelkende, schöne,
 freie, gut gewöhnte
Albin
 zu verkaufen
 Chr. Beder.
 die es, auch ein kleineres
 te ein.

en 4. Dez. 1925.
Zeige.
 den und Bekannten
 mein lieber Mann,
 und Schwiegerater
schert
 Alter von 68 Jahren
 schlafen ist.
 Hinterbliebenen:
 geb. Schmid,
 ern.
 schmitttag 3 Uhr.

rg.
mpfehlung.
 von Neuenbürg und Um-
 genden und ntl. Behörden
sig, Zimmermeister,
 Geschäfts-Eröffnung gebe
 bei Frau König, Witwe,
 tungsvoll
s, Zimmermeister.
hts-Beigente
aren.
 von einfacher bis feinsten
 M. 4.80, Beder, **Musik-**
 an, **Schulranzen** von
 wird bis Weihnachten
 t.
 Dettliche 47,
Forzheim,
 reaturen!

Bezugspreis:
 Halbjahres in Neuenbürg 75 Goldpf. Durch die Post in Orts- u. Oberamtsbezirk, sowie im sonst. Inl. Verk. 85 Goldpf. n. Postbestellgeb. Preise freierlieh. Nachrechnung vorbehalten. Preis einer Nummer 10 Goldpf.
 In Fällen höh. Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung od. auf Rückerstattung des Bezugspreises.
 Bestellungen nehmen alle Poststellen, sowie Agenturen u. Anstaltsbibliotheken jederzeit entgegen.
 Otto-Wendt Nr. 24
 O. W. - Druckerei Neuenbürg.

Der Enztäler.

Anzeiger für das Enztal und Umgebung.
 Amtsblatt für den Oberamtsbezirk Neuenbürg.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Druck und Verlag der C. Meich'schen Buchdruckerei (Inhaber D. Strom) für die Schriftleitung verantwortlich D. Strom in Neuenbürg.

№ 285.

Samstag, den 5. Dezember 1925.

83. Jahrgang.

Politische Wochenrundschau.

Am nächsten Sonntag, den 6. Dezember, finden in den meisten Städten und Gemeinden Württembergs wieder die Gemeinderatswahlen statt. Die anderen Gemeinden folgen in der Woche darauf nach. Die Gemeinderäte werden auf je 6 Jahre gewählt. Es wird aber nicht das ganze Kollegium neu gewählt, sondern immer nur die Hälfte, so daß also alle 3 Jahre Gemeinderatswahlen stattfinden. Die einzelnen Parteien oder sonstigen Wählervereinigungen, die Wahlvorschläge einbringen, haben in dieser Woche noch eifrig Wahlversammlungen ab, um die Wähler aufzuklären. Der Erfolg scheint aber kein besonders guter gewesen zu sein, denn von allen Seiten hört man über den schlechten Besuch der Versammlungen klagen. Nach der politischen Hochspannung in diesem Jahr, die in dem Wort: Reichspräsidentenwahlen und Locarno-Pakt zusammengefaßt wird, scheint es, als ob für die Kommunalpolitik kein Interesse mehr übrig geblieben ist. Das kam schon zum Ausdruck bei den preussischen Provinzialtagwahlen, die letzte Woche stattgefunden hatten; das zeigte sich auch in unserer nächsten Nähe bei den Wahlen zum holländischen Kommunalparlament, wo die Wahlbeteiligung wenig mehr als 30-40 Prozent betragen hatte. So scheint es nach dem Ausfall der Wahlversammlungen auch in Württemberg zu werden. Die Politik der Gemeinden verdient aber doch ebenfalls Beachtung wie die des Staates und des Reiches, denn auf den Gemeinden als den Grundzellen baut sich das Staatswesen auf. Schon wegen der engeren Verührung der Gemeindeangehörigen mit ihrem Rathaus sollte man eine größere Anteilnahme der Bevölkerung an der Gestaltung der Politik der Gemeindeverwaltungen erwarten. Das eine Vorrecht aber scheinen die Gemeinden zu haben, daß auf sie am meisten geschimpft wird. Jeder Gemeindevorsteher und jeder Gemeinderat kann davon ein Vieles hören. Die Kritik geht meistens von denen aus, die sich zu gut dünken, auf die Behaltung der Gemeindepolitik bei den Wahlen aktiv Einfluß zu nehmen, aber wenn der Gemeindevorsteher zittert, wenn die Umlage zu hoch ausfällt, das größte Hebelgewicht erleben. Auch bei den Gemeinderatswahlen ist das Wahlrecht gleich Wahlpflicht und vor allem Bequemlichkeit oder Interesselohigkeit beiseite, hat sich selbst die Schuld anzuschreiben, wenn auf dem Rathaus ihm nicht alles noch Dummig geht.

Das weltgeschichtlich bedeutendste Ereignis der Woche ist ohne Zweifel, man mag sich innerlich dazu stellen, wie man will, die in London erfolgte Unterzeichnung des Pakts von Locarno. Die deutsche Delegation konnte, nachdem der Reichstag, Reichsrat und Reichspräsident Hindenburg ihre Zustimmung gegeben hatten, in voller gesetzlicher Deckung die Unterzeichnung vornehmen. Sie für die Unterzeichnung eigentlich vorgesehenen Feierlichkeiten mußten infolge eines Trauerfalls im englischen Königshaus unterbleiben. Aber trotzdem waren die Unterzeichnungseremonien von Empfängen und Einladungen begleitet, die der Bedeutung des Augenblicks würdig angepaßt waren. Man hielt noch bedeutungsvolle Schlussreden, bei denen Reichspräsident Dr. Stresemann den abgeschlossenen Vertrag nicht als eine bloße juristische Konstruktion politischer Gedanken, sondern als Basis einer großen Zukunftsentwicklung feierte. Das Werk ist nun geschaffen. Ob es wirklich die Basis für eine große Zukunftsentwicklung wird, vermag erst spätere Geschlechter zu entscheiden. Ein lebendes Geschlecht hat selten den Eindruck, einen wirklich historischen Augenblick als Zeitgenosse zu erleben. Der durch den Vertrag von Locarno gewiesene Weg zum Völkerverbund hat seiner Entscheidung nach ziemlich Ähnlichkeit mit der vor 100 Jahren nach der Niederwerfung Napoleons ins Leben gerufenen „Heiligen Allianz“. Beide sind aus dem Zeitgeist geboren und beide sind Abgaben an die unmittelbar vorausgegangene Entwicklung. Die Idee des Völkerverbundes ist erst in der Entwicklung begriffen, so daß weitere Parallelen nicht gestellt werden können. Die hl. Allianz ist zerfallen. Es ist kein Geheimnis, daß die Weltgeschichte sich wiederholt, wenn es auch meistens der Fall ist, solange sich die Menschen nicht ändern. Diese notwendige Veränderung der inneren Einstellung der Menschen ist bei der Mehrheit der Völker nach dem nie erreichten Zustand des letzten Krieges der in vier Jahren fünf Millionen Tote gefordert hatte, tatsächlich erfolgt. Der Krieg ist, das hat der letzte Ausgang deutlich bewiesen, kein Gottesurteil, das der gerechteren Sache den Sieg verleiht. Einer Periode des Zusammenwirkens aller Völker ist nun der Weg von neuem geebnet. Die in London unterzeichnenden Regierungen haben sich dazu nicht aus einer internationalen Geschäftsleihe heraus dazu entschlossen, sondern, wie Freund und Stresemann in London in ihren Ansprachen noch ausführten, aus der Idee heraus, daß jeder zwar zuerst seinem Vaterland angehört, aber auch als Angehöriger der europäischen Gemeinschaft fühlen soll. Wie sich der Vertrag nun praktisch für uns auswirken wird, werden die Verhandlungen ergeben, die jetzt um die weitere Vervollständigung des Rheinlandes geführt werden.

Deutschland.

Stuttgart, 4. Dez. Wie wir hören, beschäftigt der Landtag, am nächsten Donnerstag, den 10. Dezember, seine am 21. November abgebrochenen Beratungen fortzusetzen. Neben einer großen Zahl kleinerer Verhandlungsgegenstände sollen vor allem das Oberamtsdienstverhältnis, das Bauhandwerksgesetz und das zweite Landesenergiegesetz 1925 zur Erledigung gebracht werden.
Stuttgart, 3. Dez. Der Finanzausschuß des Landtags beschäftigte sich in seiner heutigen Sitzung zunächst mit einigen Eingaben. Sodann wurde er sich der Beratung des Entwurfs eines 2. Nachtrags zum Staatsbauhaushaltsgesetz für 1925 zu. Derin werden 4,7 Mill. M. zur Wohnungsbauförderung als Restsumme zur Begleichung der bis 1. Juli gegebenen Zusagen auf Wohnungsbeihilfe angefordert, die durch eine langfristige Anleihe bei einer Reichsvericherungsanstalt aufgebracht werden

sollen. Der Ausschuß stimmte dem Antrag des Berichterstatters Dr. Schermann auf Annahme zu. Sodann wurde der Entwurf eines Gesetzes über den vorläufigen Schutz von Denkmälern und heimatischen Kunstbesitz in Behandlung genommen. Auf Antrag des Berichterstatters wurde dem Entwurf zugestimmt. Sodann besprach der Ausschuß die Behandlung der von der Unterrichtsverwaltung vorgelegten Stundentafeln für den Unterricht in den höheren Schulen. Redner der Deutschen Volkspartei und des Zentrums traten für die Einlegung eines Untersuchungsausschusses ein und mündigten eine Aussprache zwischen Vertretern der Universität, der höheren Lehrerschaft und der Unterrichtsverwaltung. Man beschloß die Einlegung dieses Ausschusses für die Behandlung der Lehrplangehaltungen.
Stuttgart, 3. Dez. Reichsarbeitsminister Dr. Brauns meißt zur Zeit hier. Der Grund zu seinem Aufenthalt auf einige Tage ist die Beschäftigung seines Neudamnsobannes. Der Bau wurde am Dienstag unter Dach gestellt.
Weimar, 4. Dez. In dem Zivilprozeß des früheren thüringischen Staatsbankpräsidenten Loh gegen die Regierung des Landes Thüringen hat der Hofsenat des Oberlandesgerichts in Jena das Urteil gefällt. Danach wird das erstinstanzliche Urteil des Landgerichts in Weimar aufgehoben, soweit es die Klage Lohs abgewiesen, dem Widerklageantrag der Regierung stattzugeben und dem Kläger drei Viertel der Kosten auferlegt hat. Die Sache wird zur neuen Verhandlung und Entscheidung über die Klage Loh an das Landgericht zurückverwiesen.
Berlin, 4. Dez. Ein von der Regierung eingebrachter Gesetzentwurf zur Senkung der Lohnsteuer, wonach der steuerfreie Lohnbetrag vom 1. Januar nächsten Jahres ab von 80 auf 100 M. M. erhöht werden soll, wurde gestern im Reichsrat in namentlicher Abstimmung mit 51 gegen 5 Stimmen angenommen. Weitergehende Anträge, die insbesondere eine weitergehendere Verächtdigung kinderreicher Familien verlangten, drangen nicht durch.
Berlin, 4. Dez. Luther und Stresemann haben an den Altdeutscherbund Marx aus London folgendes Telegramm geschickt: „Von der gleichen Seite, an der wir im vorigen Jahre gemeinsam gewirkt haben, um den Weg für eine bessere Entwicklung Deutschlands zu bahnen, senden wir in aufrichtiger Hochachtung beste Grüße. Luther, Stresemann.“

Stettin.

Stettin, 4. Dez. Von zuständiger Seite wird mitgeteilt: In der Presse, wie auch in Eingaben an die Reichsbahnverwaltung Stettin wird in der letzten Zeit häufig das Verlangen geäußert, daß die Reichsbahn zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit Notstandsarbeiten vornehmen lassen solle. Dabei wird vielfach übersehen, daß die Reichsbahn jetzt von einer Gesellschaft betrieben wird, die ganz auf sich selbst gestellt ist und ihren Betrieb nach kaufmännischen Grundsätzen zu führen hat. Die Reichsbahn-Gesellschaft, die keinen finanziellen Rückhalt mehr beim Reich oder Land hat, muß ihr Wohlergehen in erster Linie darauf richten, die ihr vom Gesetzgeber auferlegten schweren Reparationslasten zu decken, und kann sich daher an der Beschaffung von Arbeitsgelegenheiten bloß im Rahmen der ihr nur in sehr beschränktem Umfang zur Verfügung stehenden Mittel beteiligen. Die Einleitung von reinen Notstandsarbeiten zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit gehört nicht zu den Aufgaben, die der Reichsbahn-Gesellschaft gesetzlich obliegen. Mittel hierfür haben ihr zudem auch nicht zur Verfügung.

Abbau der Kontrollkommission.

Berlin, 4. Dez. Wie der Reichsdienst der Deutschen Presse aus Kreisen der Interalliierten Militär-Kontroll-Kommission erfährt, haben von den dort beschäftigten Offizieren ungefähr 50 Prozent die Mitteilung erhalten, daß sie am 1. Januar Deutschland zu verlassen und ihren Standort in den alliierten Ländern wieder einzunehmen haben. Es werden hiernach in ganz Deutschland nicht mehr als zwischen 30 bis 40 alliierte Kontrolloffiziere zurückbleiben. Diese sind lediglich mit der Feststellung der Durchführung der noch an Deutschland gerichteten Abrüstungsfordernungen beauftragt. Ebenso sind die Befehle der Reglementsmaßnahmen auf etwa 50 Prozent zum 1. Januar abgebaut. In den Kreisen der Interalliierten Kontroll-Kommission rechnet man damit, daß die noch zu erfüllenden Aufgaben Ende Februar erledigt sind und alle Mitglieder der Kommission Deutschland dann verlassen können.

Deutschfeindliche Maßnahmen in der Tschechi.

Berlin, 4. Dez. Durch ein neues Organisationsstatut der tschechoslowakischen Eisenbahn wird die deutsche Sprache fast völlig aus dem Verkehr verdrängt. Frachtdirekte dürfen künftig nicht in tschechischer Sprache abgefaßt werden. In Orten unter 50 Prozent Minderheit ist das Tschechoslowakische Geschäftssprache. Die Schaffner sind zur Auskunftserteilung in deutscher Sprache auch in durchlaufenden Zügen nicht verpflichtet. In den Bahnhofs-Rezeptionen des tschechischen Gebietes müssen mindestens ebensolche Zeitungen in tschechischer wie in deutscher Sprache anliegen. Der Krieg gegen die deutschen Minderheiten wird auch sonst rücksichtslos weitergeführt. Am 1. Dez. sind allein in Deutschböhmen 300 deutsche Postbeamte entlassen worden. Das sind 80 Prozent aller dortigen deutschen Beamten. Locarno-Gefäß?

Deutsch-demokratischer Parteitag.

Breslau, 3. Dez. Im Kongresssaal wurde am Donnerstagabend der 6. Reichsparteitag der Deutschen demokratischen Partei eröffnet. Das Hauptreferat des Abends hielt anstelle des verhinderten früheren Reichsministers Koch der Reichstagsabgeordnete Dr. Haas, der in zweifelhafter Rede einseitig den Locarno-Vertrag und die Stellung der deutsch-demokratischen Partei dazu erörterte. Er botte manche Kritik an dem Vertrag zu üben. Trotzdem sei zu hoffen, daß uns der Vertrag ein gutes Stück auf dem Wege der Völkerverständigung und zum wahren Frieden weiterbringe.

Ausland.

Paris, 4. Dez. L'Amateur ließ in Washington mitteilen, daß er die Verhandlungen über die Schuldentregulung wieder aufzunehmen gedenke.
Tokio, 4. Dez. Die Volkszählung in Japan am 10. Oktober ergab eine Bevölkerung von 59 736 000 Einwohnern; also eine Vermehrung um 3 777 000 in den letzten fünf Jahren.
Wäcker-Ausweisungen aus Südtirol.
 Die Italienisierung der Gerichte in Südtirol tritt in ein neues Stadium. Vor einiger Zeit war verfügt worden, daß nur in italienischer Sprache verhandelt werden dürfe. Nun werden die deutschen Richter einfach aus Südtirol ausgewiesen. Sämtlichen deutschen Richtern des Landesgerichts Bozen ist die Aufzorderung zugegangen, einen Ort in Alt-Italien als weiteren Wohnsitz zu nehmen. Für einen deutschen Menschen bedeutet — was man bei der landesüblichen Italien-Begeisterung nicht weiß — ein Leben in der italienischen Provinz mit seiner geringen und gesellschaftlichen Lage einfach den seelischen Tod.
Russische Stimmen zur Unterzeichnung des Locarno-Vertrags.
Moskau, 4. Dez. Die abwarrende Haltung in höchsten politischen Kreisen nach der Unterzeichnung des Locarno-Vertrags erhält deutlich Ausdruck in der heutigen Presse. Die „Izwestija“ bekräftigt erst heute die Unterzeichnung des Locarno-Vertrags. Bei aller Zurückhaltung stellt die „Izwestija“ noch einmal die ablehnende Haltung der Sowjet-Union gegen den Völkerverbund und das Mißtrauen gegen Locarno fest. Zur Frage eines zweiten Locarno zwischen Europa und der Sowjet-Union bemerkt das Blatt, daß schon 1922 in Genua trotz der damaligen Schwäche der Sowjet-Union der Versuch einer geschlossenen Einheitsfront Europas in den Verhandlungen mit der Sowjet-Union Schiffbruch erlitten hat. Die „Izwestija“ kommt zu dem Schluß, daß man abwarten muß, ob die friedlichen Absichten, von denen die Urheber Locarnos sprachen, sich verwirklichen werden. Die „Pravda“ bekräftigt die Debatte im Reichstag über den deutsch-russischen Handelsvertrag. Im allgemeinen ist der Artikel deutschfreundlich gehalten, und an die Rede Wirts' antwortend, erklärt die „Pravda“, daß es von der zukünftigen deutschen Regierung abhängig sein wird, ob sie die Bedeutung guter deutsch-russischer Beziehungen einsehe und vermeiden werden, den Locarno-Vertrag zum Grund der Entzweiung zwischen Deutschland und der Sowjet-Union werden zu lassen.

Aus Stadt, Bezirk und Umgebung.

Sonntagsgedanken.
Gnade.
 Darum hat Gott die Welt geschaffen, damit Gott in der Seele geboren werde.
 Als ich das Leben allein nicht ertrag,
 als ich die Gottheit um Gaben frag,
 kam mir auf Lippen das heilige Wort,
 das ich nun hege als heiligsten Hort:
 Alles ist Gnade, auch einsame Plage.
 R. E. Knott.

Neuenbürg, 5. Dez. Eine grimmig kalte Nacht liegt hinter uns. Das Thermometer zeigte heute früh im Tale 12, auf der Höhe 14 Grad Kälte. Dabei piff ein eisiger Wind, der bis auf die Knochen ging und den Aufenthalt im Freien wenig angenehm machte. Bei hellem Wetter und Sonnenschein werden ansehend Frosttage bevor.
Neuenbürg, 5. Dez. Den Inhalt des heutigen ersten Weihnacht-Anzeigers empfehlen wir besonderer Beachtung. Wir bitten die Verbraucher, die darin sich empfehlenden Firmen bei Einkäufen zu berücksichtigen.
Wetterbericht: Der Hochdruck im Westen ist gegen Süddeutschland vorgezogen und hat das Barometer zum Steigen gebracht. Eine nördliche Depression wird jedoch nachwirken, sodass für Sonntag und Montag immer noch teilweise bedecktes, auch zu vereinzelten Schneefällen, ziemlich kaltes Wetter zu erwarten ist.

Birkenfeld, 5. Nov. Der Wahlkampf für die Gemeinderatswahl hat eingeleitet. Der Bürgerverein, Haus- und Grundbesitzerverein, landwirtschaftlicher Ortsverein haben gestern Abend eine Wahlversammlung im Gemeindehaus abgehalten, der Wirtschaffverein eine solche im „Wald“. Im „Wald“ hielt Landtagsabgeordneter Schmid-Stuttgart einen Vortrag über „Die Gemeinderatswahlen und die Kommunisten“. Die Versammlungen waren mäßig besucht.
Calmbach, 5. Dez. Auf den Artikel im „Calmbacher Tagblatt“ vom 1. Dezember unter: Calmbach, 29. November ist folgendes zu erwidern: Wenn die Gemüter der Calmbacher Einwohner durch die Elektrizitätsverlesung und die Tragelegenheit mit dem Postgebäude erregt sind, so ist dies durch das Vorgehen Einzelner wohl begründet, denn allem Anschein nach ist es in Calmbach nicht mehr üblich, auf die Einwohnerlichkeit Rücksicht zu nehmen. Es muß doch eigentlich annehmen, daß die Stadtgemeinde Wilbhad den Strom zu 30 Tg. pro M. abgeben kann, während man in Calmbach den enormen Preis von 50 Tg. bezahlt, da doch seinerzeit die Wasseranlage des elektrischen Werkes, wie bekannt, um einen ganz minimalen Preis erworben wurde. Wenn andere Calmbacher Bürgern derartige Wasserkräfte zur Verfügung stehen würden, wie Herr Reipker, so ließe sich evtl. die Antragsung in dem Bericht vom 29. Nov. überlegen. Wenn von den betr. Herrn, welche den Artikel vom 29. Nov. eingeleitet haben, zugegeben wird, daß die Stromlieferung an die Gemeinde ein festes Geschäft ist, so muß es um so mehr verurteilt werden, daß die Einwohnerliche demart ausgenutzt wird. Was die Frage mit dem Postgebäude anbetrifft, so ist es mehr wie sonderbar, daß ein Calmbacher Bürger zum Bauen keinen Platz bekommt, wogegen allem Anschein nach der Postverwaltung der Platz in aller Kürze vollends geschenkt wird. Was die hiertrübende Seele anbetrifft,

ige Tage in Lindau auf
berreitman, wo er einen
in einem Lagerhaus
und schritt sich dort mit
en Korb durch. In
von Bahnarbeitern ent-
und war halb er-
elbden die Ursache zu der
den letzten Tagen End
Im Gebiete zwischen
ige Schweißarbeiten zu-
Fahren vom Goolater
wegs waren, nur mit
wieder frei zu werden.
mer werden. Derartige
unter sind im Darz seit
len.
Müttermeldungen aus
drigste Temperatur 33
hat sich hellmoische Eis
Der schwedische Eis-
aufgenommen werden.

Die Engländer in Wiesbaden.
Wiesbaden, 1. Dez. Heute vormittag sind die ersten eng-
lischen Truppen auf dem hiesigen Bahnhof eingetroffen. Der
größte Teil derselben ist in Richtung Höchst-Königsheim weis-
gerichtet. Eine Abteilung von etwa 100 Mann wurde hier
abgelassen und nach der requirierten Kaserne gebracht. Die
Engländer rücken das Alte Museum für Bürozwede ein, in
dem sich gegenwärtig jedoch noch das Wohlfahrtsamt befindet.
Weiter haben die englischen Besatzungsbehörden eine Reihe
von Klubs des Stadt-Krankenhauses belegt. Das Wohnungswesen
alles einen Anstrich an die Einwohnerzahl, gegen Vergütung
füllen möblierte Wohnungen, Läden, Garagen usw. der Be-
satzungsbehörde zur Verfügung zu stellen.

Urteil gegen einen badiischen Kommunisten.
Lüppig, 1. Dez. In dem Hochverratsprozess gegen den
kommunistischen Jugendleiter Wilhelm Geiger aus Mannheim-
Kehren wurde der Angeklagte wegen Sprengstoffverbreiten
und Vergehen gegen den § 7 des Republikfluchtgesetzes zu zwei
Jahren sechs Monaten Gefängnis und 500 Mark Geldstrafe
verurteilt. Der Reichsanwalt hatte eine Justizhausstrafe von
zwei Jahren und sechs Monaten beantragt. Der Gericht rich-
ter Geiger jedoch keine Jugend mildern an. Die Geldstrafe
und sieben Monate der Freiheitsstrafe gelten als durch die
Untersuchungshaft verbüßt.

Beschwerde beim Reichsinnenministerium im Fall Hau.
Berlin, 1. Dez. Die „Postische Zeitung“ meldet, daß der
Rechtsbeistand Hau's beim Reichsinnenministerium des Innern Be-
schwerde über das Verhalten des badiischen Staatsministers
erheben habe. Begründet wird diese Beschwerde damit, daß
gemäß Artikel 15 der Reichsverfassung die Reichsregierung be-
traut sei, auf Abstellung von Mängeln hinzuwirken, die bei Aus-
übung von Reichsgerichten hervortreten. In der Behandlung
der Strafvollstreckung gegen Hau seien mehrfach Verletzungen
von Reichsgesetzen durch die badiischen Regierungsbehörden fest-
gestellt.

Eine Nichtigstellung.
Berlin, 1. Dez. Die vier aus parlamentarischen Kreisen er-
halten, ist die Nachricht einer Korrespondenz, derzufolge der
Reichspräsident Dr. Geiler dem Reichsinnenminister mitge-
teilt haben soll, daß er bei der Neubildung des Kabinetts nicht
mehr mit einem Amt betraut werden wolle, nicht richtig. Der
Reichsinnenminister ist in den letzten Tagen nicht beim Reichs-
präsidenten gewesen.

Eine neue Potsdamer Sensationsaffäre.
Berlin, 1. Dez. Auf Ersuchen des Potsdamer Unter-
richtsrichters wurde, einer Korrespondenzmeldung zufolge,
Kittmischer Herrmann von Oppen in Berlin unter der Befehl-
sichtigung des Kreditinstituts, des Betrugs, der Bedrohlichkeit
und des Heiratsinhalts in vier Fällen verhaftet. v. Oppen
ist n. a. auf einen falschen Wechsel für 10000 Mark Weis
und unter drei wertvolle Verleumdungen sich verhaftet haben,
die für zu bezahlen. Die Ware ließ er nach der Wohnung
amer s. H. abwesenden Mutter in Potsdam, wo er aber nicht
lebte, schaffen und verkaufte sie fort.

Bereitschließung des Postverkehrs ab 1. Januar.
Berlin, 1. Dez. Wie die Nacht Ausgabe des „Tag“ berichtet,
ist der Zusammenschluß der beiden großen Postverkehrsge-
sellschaften Aero-Post und Junfers Lastpost geworden, nachdem
die gestrigen Verhandlungen im Reichsverkehrsministerium mit
den Vertretern der Länder zu einer Einigung geführt haben.
Nach über die Form des Zusammenschlusses der beiden großen
Kernerte zu einer privatwirtschaftlichen Gesellschaft wurde
alles Einvernehmen erzielt und beschlossen, die fusionierten
Angestellte bereits am 1. Januar in eine Hand zu legen.
Es hat das Reich an der neuen Einheitsgesellschaft beteiligt
und, steht noch nicht fest. Der große Teil des Personal beider
Gesellschaften wird von der Einheitsgesellschaft übernommen.
Die heutige Demission des Reichskabinetts.

Demokratischer Reichsparteitag.
Breslau, 1. Dez. Der Reichsparteitag wurde am Freitag
vormittag mit einer Sitzung des Parteivorstandes eingeleitet.
Der Parteivorstand, Reichsminister a. D. Koch, gab einen
ausführlichen Bericht über die gegenwärtige Lage. Er nahm in
diesem Zusammenhang auch Stellung zu den Angriffen, die im
letzten Zeit gegen den Reichswehrminister Dr. Geiler gerichtet
worden sind und behandelte ferner die Verhältnisse, die sich in der
preussischen Justizverwaltung und im preussischen Kultusmini-
sterium gezeigt haben und erörterte den Fall Schilling. Zum
Schluß betonte er mit größtem Nachdruck, daß die große Koali-
tion heute die einzig mögliche Grundlage einer Regierungsbil-
dung im Reich sein könne. An den Bericht des Parteivor-
standes schloß sich eine längere Ansprache an, in der zunächst
er Vorliegende der preuss. Landtagsfraktion, Jahrgang 1861, den
Landtag der preuss. Fraktion darlegte. Der Parteivorstand
führte heute Nachmittag den eigentlichen Reichsparteitag.
Dr. Koch begrüßte den Parteitag, dessen ziffermäßige Stärke
erwies zeigte, daß es notwendig ist, zwischen dem Thron des
Kaisers und zwischen dem von ihm zu Volk geladenen Westen
zu stehen das Band des Verhältnisses zu schlingen. Als er-
ster Redner sprach Reichspräsident a. D. Hellbach über „Weisheit
und Ehrlichkeit in ihrem Verhältnis zum germani-
schen Volkstum und zum demokratischen Staat“. Der Redner
führte seine Ausführungen mit einigen allgemeinen Betrach-
tungen über das Wesen des Staates ein. Entgegen allen wäl-
digen Theorien, so erklärte er, sind wesentliche Elemente der
demokratischen Staatlichkeit auch wesentliche Elemente des ger-
manischen Wesens. Im Innersten sei nicht die Demokratie,
sondern vielmehr das Erbverhältnis eine fremdartige gänzlich
germanische Einrichtung. Der Weg der reinen Freiheit führe

über den Liberalismus zur Aristokratie. In jedem Element
müsse der Gedanke des persönlichen Verantwortungsbe-
wusstseins leitend sein. Die Demokratie habe die Aufgabe, in unse-
rem Lande der Glaubenshaltung des Protestantismus sein
demokratisches Geos wieder zum Bewußtsein zu bringen, dem
Katholizismus aber jenes immer noch mögliche Maß von freier
Selbstbildung im Bewußtsein zu erhalten. Dann referierte
Oberlehrer G. Wolf (Berlin) über „Die Volksschule in der
demokratischen Kulturpolitik“. Der Vortragende erklärte, daß
unser Reich in seiner Verfassung und in seiner gesamten Art
auf eine zielbewußte Kulturpolitik verzichtet habe. Der demo-
kratische Staat müsse eine andere kulturpolitische Einstellung
haben. Die Grundschule sei der tragende Unterbau unseres
Einheitsaufbaues. Sie sei für alle Kinder die gemeinsame
Schule und diene einer sozialen wie pädagogischen Idee. Gegen
die lukrative Befassung der Grundschule und ihre Idee,
gegen die unaufhörliche Neuerungsbildung ihrer Arbeit werde die
demokratische Partei ihre Pläne tun. Der zweite leitende Ge-
danke sei der Grundsatz der Simultanzität. Die Gemeindegan-
gschule sei auch für unsere höheren Schulen seit langem die Nor-
malform. Deutschland stehe vor einer entscheidenden Wendung
seiner Schulgeschichte. Das Ergebnis unserer bisherigen Schul-
entwicklung sei ihre allmähliche Loslösung aus den Armen der
Arde und die fortschreitende Verkümmertung und Verwilt-
lung des Bildungswesens. Grundrisslich sei es, die Verbrü-
derung funktionell und methodisch zu organisieren. Dem
ehemaligen Volksschüler dürfe der Eintritt in weiterführende
Vereinsbahnen nicht verweigert werden. Ueber die weibliche Bil-
dungsfrage sprach hierauf Frau Emma Redmann (Hamburg).
Nachdem Dr. Koch zum Referat Hellbach Stellung genommen
hatte, wurden die Verhandlungen auf Samstag verlegt.

**Gründung des vorbereitenden Ausschusses für die Abrüstungs-
konferenz.**
Paris, 5. Dez. Zu dem vom Völkerbundauschuss für die
Durchführung der Rüstungen getroffenen Beschluß, einen so-
genannten vorbereitenden Ausschuss für die Abrüstungskon-
ferenz zu bilden, glaubt der Sonderberichterstatter der Ver-
sämmlung in Gené mitteilen zu können, daß man folgenden Staaten
einen Sitz in diesem Ausschuss anbieten werde: Deutsch-
land, Rußland, Vereinigte Staaten, Polen, Jugoslawien, Rumänien,
Finnland und Dänemark.

Das beschlagnahmte deutsche Eigentum in Amerika.
Newport, 1. Dez. Nach einer Meldung des „Newport
World“ aus Washington unterstützt der Bundesamt und das
Schahamt einen Plan, durch den man das Schiffal des be-
schlagnahmten deutschen Eigentums zur Zufriedenheit der deut-
schen Eigentümer und der Amerikaner zu regeln hofft, die be-
traut befanden, daß die beschlagnahmten Fonds als Sicherheit
für ihre Ansprüche gegen Deutschland zurückbehalten würden.
Der Plan sieht eine Sachanalyse von 20 Millionen Dollar
vor, sowie die Verwendung von 20 Millionen Dollar der auf
die beschlagnahmten deutschen Guthaben angewiesenen Mittel,
um mit der Zahlung zugunsten der Ansprüche von Amerikanern
zu beginnen. Dem Einwand, daß dies eine Konfiskation von
Privateigentum bedeuten würde, wird entgegengehalten, daß
diese Mittel und das Kapital auf gemeinsames Konto hinterlegt
sind und daß es unmöglich sei, zu entscheiden, an welche Einzel-
personen das Geld abgeführt werden soll. Dem Vernehmen
nach haben die Anwälte der deutschen Eigentümer im Rahmen
ihrer Klienten eingewilligt, einen gewissen Betrag in Regie-
rungsbons entgegenzunehmen, der aus dem Betrag von zwei
Prozent der Entschädigungszahlungen zurückgeführt werden soll.

Der heutigen Nummer liegt eine Sonderbeilage der
Firma Meinel & Herold, Klingenthal i. Sa. bei betr. Musik-
instrumente, Erprobungsapparate und Harmonikas. Wir empfehlen
den Inhalt der Besichtigung unserer Leser.

**Geburts-
Namens-
Künstler-
Postkarten**
in schöner Auswahl zu haben in der
C. Meichschen Buchhandlung, Neuenbürg.

Bezirks-Konsumverein Neuenbürg a. G.
c. G. m. b. H.

Für Weihnachten empfehlen wir unseren Mitgliedern zum Bezug aus
unseren 15 Verkaufsstellen im Oberamtsbezirk:
Sämtliche Backartikel
in bester Qualität zu billigen Preisen. Prima feinste Weizenmehle und Spezial-Blütenauszugsmehl in
Baumwoll-Säckchen. Frische Eier, Süßrahm-Butter, Kuhbutter, Schwan im Blandband, Schweine-
schmalz, Margarine, Kokosfett in Tafeln, Bienenhonig, Runkelhonig, frische Preßhefe, Kristall- und
Griechzucker.

Alle Gewürze
Anis, Nelken, Pfeffer, Zimt, Muskat, Hirschhornsalz, Zitronensäure, Mandelöl, Backpulver, Puderzucker,
Vanillinzucker und Vanille.

Alle Sorten Süßfrüchte neuer Ernte
Korinthen, Sultaninen, Rosinen, Feigen, Dampfpfäpel, Haselnußkerne, Mandeln, Zitronen, Zwetschgen,
geraspelte Kokosnuß, Zitronat, Orangeat, frische Tafeläpfel.

Erstklassige Eier-Teigwaren, offen und in Paketen.

Als Weihnachtsgeschenke empfehlen wir
unser in geschmackvoller Aufmachung bereitstehenden:

**Zigarren,
Zigaretten,
Rauch-
und Kautabake,
Brandyreifeisen**
**Schokoladen,
Kakao,
Tee, Kaffee,
Käse**
**Rauchfleisch,
Wurstwaren,
Dosenhinken,
Konserven**
Textil-Waren
Wollwaren,
Strümpfe aller Qualitäten,
Schneidwaren,
Kurzwaren,
Unterwäsche,
Wäsche aller Art,
Windjacken u. Wolljacken

Bonbons und Lebkuchen aller Art. — Toilettenseifen, Schuhwaren: Hauschuhe.
Spezialitäten: Echtes Zwischgenwasser, Schwarzwälder Kirchwasser, Cognac, Liköre.
Rotweine und Weißweine, Malaga und Vermouth.
Christbaum-Schmuck, weiß und bunt, Christbaum-Kerzen.
An den drei Sonntagen vor dem Weihnachtsfeste sind unsere sämtlichen Verkaufsstellen geöffnet.

Oberamtsrat Neuenbürg.
Es wird nochmals bekannt gemacht, daß die
Gemeinderatswahl
morgen Sonntag, von vormittags 9 Uhr bis nach-
mittags 4 Uhr, stattfindet. Zu wählen haben:
Distrikt I die Wahlberechtigten rechts der Enz wohnhaft im
Rathaus (Sitzungsloal);
Distrikt II die Wahlberechtigten links der Enz wohnhaft im
Schulhaus (Klasse 1, parterre).
Die ausgegebenen Wahlpostkarten sind mitzubringen. Im
übrigen wird auf den Anschlag am Rathaus hingewiesen.
Stadtschultheiß Anodel.

Die hiesige Kleinkinderpflege
hält am 4. Advent (20. Dez.) abends 4 Uhr in der Stadt-
straße ihre Weihnachtsfeier. Gaben für ihre Ver-
sicherung nehmen entgegen
Dekan Dr. Megerlin und
Schwester Johanna.

**Steuerratschreiberei
Neuenbürg.
Gewerbsteuer.**
Auf den Anschlag am Rat-
haus, betr. Bekanntmachung
über die von Gewerbetreib-
enden bei neubegonnenen, ver-
änderten oder eingestellten Be-
trieben für die Gewerbesteuer
zu erstattenden Anzeigen wird
hingewiesen.
Schäfer.

**Stadtpflege Neuenbürg.
Brennholz-Verkauf.**
Die Stadt bringt am Mit-
woch, den 9. Dezbr., abends
7 Uhr, auf dem Rathaus
aus Abt. 12 Borch, Jagenberg
zur öffentl. Versteigerung:
25 Rm. Buchen-Brennholz,
74 Rm. Tannen-Brennholz.
Holzliste liegt in der Stadt-
pflege zur Einsicht auf.
Stadtpfleger Gfflich.

**Einzug v. Forderungen
jeder Art**
durch
Zufassungsgast Wolfinger,
Neuenbürg.

Schiefer-Tafeln
empfehlen
C. Meichsche Buchhandlung.

Eine
**Weihnachts-
Freude**
für jede Hausfrau
sind meine
an Qualität
unüber-
trollenen
**Bohner-
Bürsten**
eigenes Fabrikat! keine Handelsware!
Weihnachts-Sonderpreise!
Ueberzeugen Sie sich von meiner Leistungsfähigkeit
durch Besichtigung meines reichhaltigen Lagers.
**Bürsten-Fabrik J. Königer,
Pforzheim,
Einzstrasse 19. - Beim Palast-Kaffee.**



Wahl-Aufruf der Bürgerlichen Vereinigung.

Die Bürgerliche Vereinigung, zusammengesetzt aus den bürgerlichen politischen Parteien und wirtschaftlichen Organisationen, hat in wiederholten gründlichen Beratungen unter Berücksichtigung aller in Betracht kommenden Wünsche und Interessen der Bürgerschaft sich auf nachstehende Kandidaten geeinigt, welche nach reiflicher Ueberlegung der Wählerschaft hiermit empfohlen werden. Es sind dies die Herren:

1. Karl Kaiser, Privatier, seitheriger Gemeinderat.
2. Martin Luz, Kaufmann.
3. Hermann Gollmer, Fabrikant.
4. Karl Neuf, Bezirksnotar.
5. Karl Wanner, Gerbereibesitzer.
6. Gottlieb Binder, Malermeister.
7. Jakob Stribel, Oberamtsbaumeister.
8. Robert Gegenheimer, Wirt.

Der Wahlausschuß der Bürgerlichen Vereinigung hat sich bei der Auswahl dieser Kandidaten von dem Gedanken leiten lassen, der Bürgerschaft Männer zu präsentieren, durch welche die Gewähr einer gerechten Vertretung aller Erwerbsstände gegeben ist. Angesichts der starken Organisation der Vereinigten Freien Arbeiterschaft, die mehr oder weniger politische Ziele und eine etwas einseitige Interessenvertretung im Auge hat, war es nicht möglich, einen Vertreter aus der Arbeitnehmergruppe zu gewinnen; Name und Charaktereigenschaften unserer Kandidaten bürgen aber dafür, daß sie keineswegs einseitige Interessen vertreten, sondern nicht minder wie die Vertreter der Arbeiterschaft, soweit es sich mit den Interessen einer vorurteilsfreien, unparteiischen Gemeindepolitik vereinbaren läßt, auch dem Arbeiterstand, der heute, wie die meisten Berufsstände, unter der Schwere der Zeit zu leiden hat, ein warmfühlendes Herz entgegenbringen.

Wir stehen auf dem Standpunkt, Politik ist angezogen in Land- und Reichstag und auf den Rathhäusern der Großstädte, an kleineren Plätzen gehört sie nicht auf das Rathaus, denn Politik verdirbt den Charakter. Maßgebend allein sollen sein die Wahrung der Interessen der gesamten Einwohnerschaft ohne Ansehen der Person in bezug auf Partei, Religion und Stand. Dabei ist Voraussetzung, daß die Interessen der Stadtgemeinde nicht ins Hintertreffen kommen.

Karl Kaiser, Privatier, seitheriger Gemeinderat, ist eine Persönlichkeit, welche sich nicht bloß durch langjährige Tätigkeit auf dem Rathaus sondern auch in seiner gewerblichen Tätigkeit reiche Erfahrungen sammelte und dessen weitere Tätigkeit der Stadt wie der Einwohnerschaft zum Nutzen gereicht. Gleiches gilt von

Martin Luz, Kaufmann, der ebenfalls seit Jahren durch das Vertrauen der Wählerschaft als Vertreter wirkt. Als Leiter der Kraftwagen-Gesellschaft Neuenbürg-Dereenalb-Wildbad ist er aufs engste verbunden mit den Interessen, welche der Bezirk und seine Bewohner an einem geordneten und regelmäßigen Verkehr sowohl in bezug auf Dehung des Fremdenverkehrs wie Förderung der Arbeiterschaft zu ihren Arbeitsstellen hat. Der stetig fortschreitende Ausbau des Kraftwagen-Verkehrs im ganzen Bezirk ist vorwiegend sein Wert; in Verkehrsfragen ist sein Rat im Gemeinderat stets willkommen und geschätzt.

Hermann Gollmer, Fabrikant, Vorstand des Gewerbevereins, wird erstmals der Wählerschaft zur Wahl empfohlen. Lauterer Charakter und ein unparteiisches Urteil sind Eigenschaften, die ihm das Vertrauen weitester Kreise sichern. Neben der Vertretung der Interessen des Handwerkerstandes wird er als Vorstand des Niedertranzes vorkommendfalls auch für die Belange der Gesang-Vereine eine Lanze einlegen.

Karl Neuf, Bezirksnotar, wird in Fragen der Aufwertung, des Wohnungs- und Grundbuchwesens wertvolle Dienste leisten. Seine Aufstellung erfolgte hauptsächlich aus diesen Gründen, ferner in dem Bestreben, als Mieter die Interessen der Mieter wahrzunehmen. Die Beamtenchaft wird ihn als würdigen Vertreter begrüßen.

Karl Wanner, Gerbereibesitzer, wurde bestimmt, damit auch die Industrie, die in bezug auf auf Steuern genug respektable Verpflichtungen zu erfüllen hat, eine Vertretung auf dem Rathaus hat.

Gottlieb Binder, Malermeister, ist ein Handwerksmann, dessen berufliche Tätigkeit überall anerkannt wird. Der Handwerkerstand entsendet mit ihm einen würdigen Vertreter; mögen die Handwerker sich bewußt sein, daß seine einmütige Wahl für sie Ehrenpflicht ist.

Jakob Stribel, Oberamtsbaumeister, wird in Fragen des Hoch- und Tiefbauwesens dem Gemeinderat ein wünschenswerter Berater sein. Als arbeitstätiger und schaffensfreudiger Beamter genießt er nicht nur das Vertrauen seiner vorgesetzten Behörde, sondern auch das weitester Kreise.

Robert Gegenheimer, Wirt, ist einmal als Vertreter des Haus- und Grundbesitzes zu betrachten und weiter als solcher des Wirtsgewerbes. Als treibender Geschäftsmann ist er in der Lage, sich ein maßgebendes Urteil in allen wirtschaftlichen Fragen zu bilden.

Der Wahlausschuß der Bürgerlichen Vereinigung glaubt mit diesen Männern eine würdige Vertretung der Bürgerschaft zu präsentieren und bittet dieselbe, ihre Stimmen auf den Wahlvorschlag der Bürgerlichen Vereinigung abzugeben. Er sieht es als selbstverständlich an, daß auch die Arbeiterschaft eine entsprechende Vertretung hat; im Hinblick auf die gewaltige Steuerkraft, welche Industrie, Gewerbe und Hausbesitz in sich schließt, die jene der Arbeiterschaft weitaus übertrifft, soll gerechterweise eine dieser Steuerkraft entsprechende Vertretung dieser drei Gruppen zugebilligt werden, denn mit der Existenz von Industrie und Gewerbe ist logischerweise aufs engste verbunden das Schicksal der Arbeitnehmererschaft.

Das Bestreben, der Bürgerlichen Vereinigung wird sein, gemeinsam mit den Vertretern der Arbeiterschaft einträchtig zum Wohle der Stadt und ihrer Bewohner ihres Amtes zu walten unter Hintansetzung jeglicher Sonderinteressen und politischen Ziele.

Man hat dem Bürger- und Handwerkerstand, und dies nicht mit Unrecht, im Laufe der Jahre zum Vorwurf gemacht, daß er gleichgültig und abgestumpft öffentlichen Dingen und namentlich bei Gemeindevahlen gegenübersteht. Wir bitten dringend, in diesen Fehler nicht erneut zu verfallen, sondern ausnahmslos morgen Sonntag den Kandidaten der Bürgerlichen Vereinigung die Stimme zu geben.

Das Wahlrecht fällt auch die Wahlpflicht in sich. Wer sich dieser bei Gemeindevahlen entzieht, hat nachher kein Recht Kritik an den Rathausbeschlüssen zu üben.

Datum
wählt Alle, wählt richtig, wählt die Kandidaten der
Bürgerlichen Vereinigung.

Der Wahlausschuß der Bürgerlichen Vereinigung.

Neuenbürg.
Die nächste
**Mütter-
beratungsstunde**
findet am Montag den
7. Dez. nachm. 1/28 Uhr, in
der Mütterberatungsstelle statt.

Neuenbürg.
Für Schlittensfahrten
empfehle
eleganten 6sitzigen Herrschafts-Schlitten
Güterbeförderer Zeller.

Gemeinderatswahl Neuenbürg.

Arbeiter! Beamte! Angestellte!

Morgen Sonntag von 9 Uhr früh bis 4 Uhr nachmittags findet die Wahl zum Gemeinderat statt.

Alle Parteien und Vereinigungen, selbst die kleinsten, machen im Geheimen die größten Anstrengungen, um sich auf dem hiesigen Rathaus ihren Einfluß zu sichern.

Habt Ihr nicht in den letzten Jahren oft genug verspüren müssen, daß gewisse Vertreter ihre Sonderinteressen in Vordergrund stellen?

Denkt daran, morgen ist Gelegenheit, das alles zu vergelten.

Deshalb wählt am morgigen Sonntag die Liste 2 der
Freien Vereinigten Arbeiterschaft.

Evangel. Arbeiterverein Neuenbürg.

Achtung! „Wähler“ Achtung!

Sehen Sie sich heute

ja nicht zu leicht über die Gemeinderatswahl hinweg und meinen Sie nicht etwa, eine Reichs- oder Landtagswahl sei wichtiger. Gerade im Gemeinderat werden Fragen behandelt, die Sie und jeden Einwohner unmittelbar betreffen.

Stehen Sie aber morgen mit uns auf

dem Standpunkt, daß diese Fragen auf dem Rathaus nie und nimmer nach parteipolitischen Anschauungen gelöst werden dürfen, sondern daß dabei einzig und allein wirtschaftlich tragbare, der gesamten Einwohnerschaft gleichermaßen dienende Grundzüge ausschlaggebend sein müssen, so

Tun Sie, was wir auch tun,

geben Sie unseren Vorschlag ab, auf dem alle Berufe vertreten sind. Haben Sie aber aus irgendwelchen Gründen Bedenken, unsern Zettel unverändert abzugeben, so tauschen Sie ruhig den einen oder andern Kandidaten gegenseitig aus, doch raten wir Ihnen dringend:

Wählen Sie restlos unsere Kandidaten!

Damit wählen Sie Männer, die auf dem Boden christlicher Weltanschauung und in treuer Vaterlandsliebe an der wirtschaftlichen und geistigen Dehung des wachstüchtigen Volkes tatkräftig mitarbeiten wollen. Auch haben Sie die Bewißheit:

Der evang. Arbeiterverein dankt es Ihnen.

Unsere Kandidaten sind:

Wilh. Blach, seith. Gemeinderat; Werkführer am städt. Elektrizitätswerk. Geb. in Neuenbürg am 15. Febr. 1879. Vorstand des Evangl. Arbeitervereins und zweiter Vorsitzender des Bezirksvereins Neuenbürg vom Zentralverband württblg. Gemeinde- und Körperchaftsbeamter.

Karl Diegert, Goldarbeiter (Graveur). Geb. in Stuttgart am 10. März 1871; wohnhaft hier seit 1889.

Christ. Hegelmayer, Kaufmann bei Hauelsen & Sohn, (Sensfabrik) Geb. in Neuenbürg am 24. Juli 1873.

Rudolf Müller, Bäckermeister und Feuerwehrkommandant; Geb. in Neuenbürg am 6. Febr. 1883.

Neuenbürg.

Gemeinderatswahl.

Freunde und Anhänger der Deutschen Volkspartei werden gebeten, für den Wahlvorschlag der „Bürgerlichen Vereinigung“ zu stimmen.

Der Vertrauensmann.

Wirtschafts-Eröffnung und-Empfehlung.

Der verehr. Einwohnerschaft von Engelsbrand und Umgebung teile ich mit, daß ich am nächsten Sonntag den 6. Dezember meine von mir früher betriebene

Wirtschaft z. „Sonne“

in Engelsbrand

wieder eröffnen werde. Es soll mein eifriges Bestreben sein, meine Gäste mit nur guten Speisen und Getränken zu erfreuen und bitte ich um geneigten Zuspruch.

Es ladet höflichst ein

Joh. Knauß, Metzger und Wirt.

Schönbürg, O. A. Neuenbürg.

Einladung.

Am Sonntag den 6. Dezember findet im Gasthaus zum „Löwen“ die diesjährige

Weihnachts-Feier

des Gesangvereins „Germania“

statt, zu welcher die Mitglieder mit Angehörigen sowie Freunde und Gönner des Vereins herzlich eingeladen werden.

Saalöffnung 8 Uhr. Anfang punkt 7 Uhr.

FLÜGEL
PIANOS
HARMONIUM



K. SCHEID
Altestes Pianohaus
am Platze
Zernenerstr. 7
Gymnasiumstr. 15

Gv. Gottesdienste
in Neuenbürg.

Sonntag, den 6. Dez. (2. Advent)
10 Uhr Predigt (Rom. 2, 11-13)
Lied Nr. 135.)

1/2 2 Uhr Christenlehre (Schoen Stadtmärker Lekt.)

Mittwoch abends 8 Uhr Bibelstunde im Gemeindefhaus.

Ja Waldreutnach 11 am Donnerstag abends 8 Uhr Bibelstunde

Kathol. Gottesdienst
in Neuenbürg.

Sonntag, den 6. Dezember 9 Uhr Predigt und Amt.

1/2 2 Uhr Christenlehre u. Andacht

Am Dienstag, den 8. Dez. (3. Advent) unheilvolle Empfängnis 9 Uhr Predigt und Amt.

2 Uhr Andacht.

Mittwoch, den 9. Dezember 1/2 2 Uhr Novitium. Beichtgelegenheit

Jeweils Samstags von 6 Uhr 1/2 und Sonntags von 7 Uhr 1/2

Methodisten-Gemeinde
Neuenbürg.

Sonntag, den 6. Dezember 10 Uhr Abendmahlsgottesdienst; Mittwoch abends 8 Uhr Gebets- und Gesangsstunde.

Jeder
pflichtbewußte Bürger
am Sonntag sein Wahlrecht aus.